

Inhalt

1-5 Im Blickpunkt

- Konjunkturpaket gibt Impulse für kommunale Investitionen
- Städtetagspräsident OB Burkhard Jung im Interview
- Über Filialschließungen von Karstadt Kaufhof

6-11 Forum

- Projekt: Souveräne Städte – Grundlagen für Investitionen in die Dateninfrastrukturen Von Frauke Janßen
- Köln: Intelligentes Verkehrsleitsystem reduziert Parksuchverkehr Von Adrian Bolz
- Neue App erleichtert in Mannheim die Kontaktpersonennachverfolgung bei Corona Von Beate Klehr-Merkl

12 Fachinformationen

14 Aus den Städten

15 Personalien

Konjunkturpaket gibt Impulse für kommunale Investitionen

Zu dem von der Koalition verabredeten Konjunkturpaket erklärte der Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung am 4. Juni gegenüber den Medien:

„Das Paket der Koalition stärkt die Städte in schwieriger Zeit. Es ist ein beeindruckendes Signal, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen trotz der Corona-Krise zu sichern. Es gibt Impulse für kommunale Investitionen. Und es entlastet strukturschwache Städte mit hohen Sozialausgaben. Angesichts der beispiellosen Steuerausfälle der Kommunen durch Corona begrüßen wir die Pläne der Koalition sehr. Der von uns geforderte Rettungsschirm für alle Kommunen wird aufgespannt. Die Menschen brauchen die Leistungen und Angebote der Städte an vielen Stellen ihres Alltags. Deshalb ist es gut, dass der Bund seine gesamtstaatliche Verantwortung wahrnimmt und den Kommunen in der Corona-Krise finanziell spürbar hilft.“

In diesem Jahr bricht mindestens ein Viertel der Gewerbesteuer weg, der wichtigsten Steuer der Städte. Daher kommt der geplante Ausgleich dieser Steuerausfälle genau richtig. Der Bund übernimmt im Jahr 2020 die Hälfte von 11,8 Milliarden Euro und die andere Hälfte sollen die Länder ausgleichen. Das wird uns sehr helfen, damit wir weiter investieren können und wichtige Projekte nicht gefährdet werden. Es ist jetzt an den Ländern, dem guten Beispiel des Bundes zu folgen.

Ein großer und nachhaltiger Fortschritt ist die geplante deutlich höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Diese etwa 4 Milliarden Euro jährlich verschaffen den Kommunen dauerhaft Entlastung. Damit wird auch eine schon länger bestehende Forderung des Deutschen Städtetages aufgegriffen. Wir appellieren an die Länder, die dafür notwendige Grundgesetzänderung zu unterstützen.

Wir bedauern, dass die Koalition sich nicht auf eine Altschuldenlösung für die betroffenen Kommunen einigen konnte. Die deutlich höhere Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten wird aber auch diesen strukturschwachen Städten helfen. Die kommunalen Altschulden sind nach den Verabredungen in Berlin nun eindeutig Ländersache. Die betroffenen Länder müssen das Problem jetzt anpacken. Das Thema muss endlich vom Tisch.“

Städtetagspräsident OB Burkhard Jung: „Dass die Innenstädte sterben, ist eine unserer größten Sorgen“

Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, am 24. Mai 2020 im Interview mit Robert Birnbaum vom Berliner Tagesspiegel zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf den innerstädtischen Handel, den aktuellen Herausforderungen der Gesundheitsämter und der Finanznot der Kommunen:

Tagesspiegel: Herr Jung, wenn Sie heute durch Leipzig gehen – erkennen Sie Ihre Stadt wieder?

Jung: Gestern hatte ich zum ersten Mal den Eindruck: Ja, jetzt geht's hier langsam wieder los. In den Einkaufsstraßen ist wieder Betrieb. Allmählich scheint Normalität wieder einzuziehen – bedingte Normalität, muss man ja sagen.

Tagesspiegel: Mancherorts nimmt das Abstandhalten deutlich ab. Wie sind die Erfahrungen Ihrer Kollegen in den Städten?

Jung: Was wir erhalten, sind eher gefühlte Wahrnehmungen. Das reicht von „Es geht zu schnell“ mit dem Lockern bis zu „Die Menschen sind immer noch unglaublich diszipliniert.“ Man hat beides. Mein Eindruck ist vor allem: Wir können wirklich stolz auf uns alle sein, wie sich die Menschen in dieser ungewöhnlichen Situation verhalten und diese doch massiven Einschränkungen akzeptiert haben.

Tagesspiegel: Seit den letzten Lockerungen sollen die Gesundheitsämter sicherstellen, dass sich nicht wieder neue Corona-Hotspots entwickeln. Sind die Ämter dafür umfassend und richtig aufgestellt?

Jung: Insgesamt ja. Es gibt zum Teil noch Unterschiede in der Ausstattung. Aber überall herrscht in den Ämtern ein ungeheures Engagement und großes Verantwortungsbewusstsein. Die Kolleginnen und Kollegen, die ja doch deutlich weniger verdienen als im privatärztlichen Bereich, machen wirklich einen guten Job. In der Krise zeigt sich, wie wichtig das Gesundheitsamt ist. Das nötigt mir hohen Respekt ab.

Tagesspiegel: Schaffen es die Ämter denn wirklich, bis zu 50 Neuinfektionen pro Woche auf 100.000 Einwohner nachzuverfolgen – oder wären 35 Infektionen als Alarmschwelle nicht sinnvoller?

Jung: Wir in Leipzig werden die ersten Maßnahmen schon bei 35 Neuinfektionen einleiten. Diese Möglichkeit ist uns in den Städten vor Ort ja gegeben. Wir glauben, dass es im Hinblick auf die Zahl der Beatmungsbetten vielleicht doch sinnvoll ist, Hotspots schon frühzeitig zu identifizieren und gegenzusteuern. Insgesamt sind die 50er- und 35er-Grenze aber Normen, die durchaus handhabbar sind. Das ist auch in den Telefonkonferenzen mit den Kollegen in den letzten Tagen deutlich geworden.

Tagesspiegel: Reicht die Unterstützung durch zusätzliche Scout-Teams, die der Bund organisiert hat?

Jung: Das ist auf jeden Fall ein deutliches Zeichen der Wertschätzung. Auch die 150.000 Euro zusätzlich für jedes Gesundheitsamt zeigen ja, dass diese Arbeit geachtet und respektiert wird. In Videoschalten mit der Kanzlerin und dem Gesundheitsminister haben wir gespürt, dass man in Berlin sehr wohl die Leistung vor Ort einzuschätzen weiß. Was wir kritisieren ist die unflexible Festlegung auf fünf „Containment Scouts“ pro 20.000 Einwohner.

Tagesspiegel: Weil manche Ämter gar keine Hilfe bei der Nachverfolgung von Kontakten brauchen, dafür andere umso mehr?

Jung: Genau. Der Bedarf kann sich auch im Zeitablauf je nach Infektionsgeschehen verändern. Wir würden uns die Möglichkeit wünschen, Pools in einer Region zu bilden, auf die nach Bedarf zugegriffen werden kann. Wir brauchen da ein atmendes System. Ich habe den Eindruck, dass Minister Spahn das auch verstanden hat. Wir werden darüber aber noch einmal sprechen müssen.

Tagesspiegel: Ein großes Problem sind Pflege- und Altenheime. Was müssen die Städte tun, um den Schutz dieser besonders gefährdeten Menschen zu verbessern?

Jung: Wir sind gut beraten, den Heimen flankierend mit Hygieneberatung und Hygienekonzepten zur Seite zu springen. Dabei warten die Städte nicht ab, bis solche Konzepte fix und fertig vorliegen, sondern suchen bereits das Gespräch mit den Pflegern und Einrichtungen. Leipzig hat zum Beispiel einen eigenen

städtischen Altenhilfebetrieb mit rund 1000 Mitarbeitern in einer Reihe von Pflegeheimen. Da bietet es sich an, miteinander und auch mit den freien Trägern zu diskutieren, wie wir am besten wieder Besuche ermöglichen können und trotzdem Sicherheitsabstände einhalten. Wie kann man dafür sorgen, Menschen nicht allein zu lassen und sie trotzdem zu beschützen?

Tagesspiegel: Wenn Sie einen Wunsch frei hätten an den Bund, was diese Hygienefragen angeht ...?

Jung: Inzwischen laufen die Abstimmung und auch der Informationsaustausch gut. Wir hätten uns gewünscht, am Anfang enger einbezogen zu werden. Aber das sagt sich im Nachhinein leichter als es Mitte März war. Da haben sich die Ereignisse überschlagen. Eigentlich kann ich mich nicht beschweren. Auch die Bundeswehr leistet wertvolle Hilfe. Wir sollten jetzt nicht vom Flickenteppich sprechen, sondern den Vorteil regionalen Handelns nach Infektionsgeschehen sehen. Die Situationen sind unterschiedlich. Da muss man auch unterschiedlich reagieren können. Wir halten den Ruf nach mehr regionaler Verantwortung für richtig.

Tagesspiegel: Mehr Verantwortung kostet mehr Geld – das den Kommunen jetzt auszugehen droht.

Jung: Finanziell entsteht durch die Krise eine Situation, die wir noch nie zuvor hatten. Die Haushalte in den Kommunen stehen vor historisch einmaligen Steuerausfällen. Für dieses Jahr kalkuliert die Steuerschätzung mit einem kommunalen Minus von rund 13 Milliarden Euro. Unsere wichtigste Steuer, die Gewerbesteuer, wird nach unseren Annahmen wahrscheinlich im zweiten Quartal in vielen Städten sogar um 50 Prozent oder mehr zurückgehen. Die Verluste der Kommunen an Einnahmen und der Anstieg ihrer Ausgaben könnten am Jahresende bei 20 Milliarden Euro liegen.

Tagesspiegel: Städte wie Dresden und Zwickau haben schon Haushaltssperren verhängt. Wie lange halten die anderen durch?

Jung: In zwei Videokonferenzen mit der Kanzlerin und dem Finanzminister habe ich es so formuliert: Bitte helft uns! Wenn die Städte in dieser Krise nicht mehr investieren können, wird die Wirtschaft mit Sicherheit nicht anspringen. Wir müssen investieren, wir müssen Vereine und Kultur unterstützen, wir müssen Kindertagesstätten und Schulen nicht nur wieder öffnen,

sondern auch neue bauen. Ohne regionale Wertschöpfung vor Ort wird die Wirtschaft nicht wieder in Gang kommen. Wenn wir keine Hilfe bekommen, dann bleiben uns nur Einsparung und Haushaltssperre. Aber das würde eine Abwärtsspirale in Gang setzen.

Tagesspiegel: Ihr Parteifreund Scholz will seinen alten Plan einer Altschuldenregelung für Westgemeinden mit einer Corona-Sonderhilfe verknüpfen. Ist das klug angesichts der erheblichen Widerstände?

Jung: Ich glaube sogar, es ist eine einmalige Chance. Olaf Scholz hat eine wirklich gute Idee entwickelt. Da ist ein Fenster offen, um jetzt die kommunalen Haushalte in Ordnung zu bringen und neu durchzustarten. Wir müssen alles dafür tun, dass das nicht in parteipolitischem Streit untergeht. Der Rettungsschirm für die Kommunen hat deshalb großen Charme, weil er beides miteinander verbindet: Hilfe in der akuten Not durch Corona für alle Städte, aber auch Hilfe für die Städte, die zusätzlich diese hohen Kassenkredite mit sich herumschleppen.

Tagesspiegel: Ist sich der Städtetag da wirklich so einig?

Jung: Ich weiß, es gibt auch im Osten Deutschlands zum Teil Bedenken. Es gibt Stimmen: Was haben wir denn davon? Wir konnten ja, anders als die West-Kommunen, gar keine Kassenkredite aufnehmen. Aber wir haben im Präsidium des Städtetages alle gemeinsam schon vor Corona gesagt: Wir brauchen eine Altschuldenlösung. Nach dem Vorschlag des Finanzministers sollen dabei auch Altschulden kommunaler Wohnungsbauunternehmen im Osten bedacht werden. Ich versuche, alle ins Boot zu holen und sehe gute Chancen dafür. Hier ist ein Solidarakt gefordert. Wir haben die einmalige Chance, die Kommunalfinanzen neu zu ordnen – natürlich mit der Auflage, Neuverschuldung zu vermeiden! Ich sage: Schaut euch das Ganze an. Von der Verkopplung der Hilfe wegen Corona und der Altschulden haben am Ende alle etwas.

Tagesspiegel: Aber ohne die Länder, die die Hälfte mitfinanzieren sollen, wird das nichts. Bayern lehnt schon ab. Eine Koalition der Willigen wird nicht reichen, oder?

Jung: Über eine Koalition der Willigen habe ich tatsächlich auch schon nachgedacht. Aber ich hoffe immer noch auf eine gemeinsame Lösung. Wir legen

Abermilliarden an Hilfspaketen auf, und dann soll an einer vergleichsweise kleinen Summe der Neustart der Kommunen scheitern? Ich habe wenig Verständnis für diese Unkenrufe aus Bayern. Für Kassenkredite von Kommunen in anderen Ländern muss Bayern doch gar nichts zahlen, und die Bundeshilfe wegen Corona ist den bayerischen Städten mit Sicherheit hochwillkommen.

Tagesspiegel: Wenn wir schon über Corona-Hilfen reden: Wäre den Städten mehr mit einem Konjunkturprogramm geholfen oder mit einer Investitionspauschale?

Jung: Für uns wäre eine Investitionspauschale das Beste – gebunden an nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Das Konjunkturpaket in der Finanzkrise 2008 war gut. Aber in der jetzigen Situation funktioniert der Markt ja. Wir stecken nicht in einem wirtschaftlichen Abschwung, sondern erleben eine Rezession aus einer Warteposition heraus. Wir sollten in nachhaltige Infrastruktur investieren, in Klimaschutz, Energie und Mobilität.

Tagesspiegel: Ein besonderes Problem haben die Innenstädte – erst schlagartig verödet, heute und auf absehbare Zeit vom alten Umsatz weit entfernt. Überleben unsere Innenstädte das Leben mit Corona?

Jung: Das ist eine unserer größten Sorgen. Diese anhaltende Krise betrifft die Innenstädte noch einmal besonders schwer – Handel, Gastronomie, Kultur, einfach alles. Wir haben über Jahre hinweg viel unternommen, die Innenstädte zu beleben. Da passiert jetzt ein Rückschlag. Aber ich bin zuversichtlich: Es wird weiter lebendige Innenstädte geben. Die Menschen werden zurückkehren, weil sie die Begegnung brauchen und Plätze und Gelegenheiten dafür nicht missen wollen.

Tagesspiegel: Gehört Pizzaservice, Streaming und Internethandel nicht sowieso die Zukunft?

Jung: Einerseits beobachten wir, wie sich die Menschen ans Bestellen im Internet gewöhnen. Das ist ja

so schrecklich bequem. Andererseits bleibt aber die Sehnsucht nach Begegnung und danach, das was man kaufen will, auch anzufassen und auszuprobieren. Ich bin sehr gespannt, was sich im Kaufverhalten und im Sozial- und Kulturverhalten durch Corona verändern wird.

Tagesspiegel: Wie lange können Kaufhäuser wie Kaufhof und Kleinhändler aller Art denn überhaupt noch durchhalten?

Jung: Der Ausgang ist offen. Ich kann da wirklich keine Prognose geben.

Tagesspiegel: Ist das nicht jetzt Anlass, das Gesamtkonzept Innenstadt neu zu überdenken? Wenn ich heute in eine beliebige kleinere Stadt komme, sind die Einkaufsmeilen bis hin zur Reihenfolge der Geschäfte oft identisch.

Jung: Diskutiert wird das ja seit langer Zeit. Es wird sicher in einem Teil der Städte weiterhin große Kaufhäuser geben und auch Einkaufszentren. Aber ich bin überzeugt, wir müssen wieder mehr Wohnen und Arbeiten in der Innenstadt ermöglichen, so wie wir das zum Beispiel in Leipzig noch haben. Der Einzelhandel muss wieder individueller werden und spezieller. Aber das ist ein längerer Prozess.

Tagesspiegel: Findet man nicht gerade Spezialangebote im Internet einfacher, vielfältiger, billiger?

Jung: Ich glaube, dass der Einzelhandel durch ein gutes Beratungsangebot Kunden an sich binden und neue Chancen erarbeiten kann. Wenn Sie sich ein Musikinstrument kaufen, dann müssen Sie das ausprobieren und mit einem Fachmann besprechen können. Wir diskutieren im Städtetag über Konzepte, wie man gemeinsam mit den Händlergemeinschaften einzelne Straßen in diese Richtung entwickeln könnte. Wir haben keinen Königsweg. Aber eins ist klar: Es wird nur mit intensiver Zusammenarbeit vor Ort gehen. Und wir müssen die Städtebauförderung für die zentralen Bereiche der Städte stärken.

Städte besorgt wegen Überlegungen zu Filialschließungen von Karstadt Kaufhof

Ein Bericht der Deutschen Presse-Agentur (dpa) mit Äußerungen von Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages:

Der Deutsche Städtetag sieht Überlegungen zur Schließung zahlreicher Standorte des Warenhauskonzerns Galeria Karstadt Kaufhof mit großer Sorge.

„Trotz aller Umwälzungen durch den Internethandel und die Folgen der Corona-Krise sind die traditionsreichen Kaufhäuser dieses Handelsunternehmens wichtige Arbeitgeber und Versorgungszentren vor Ort“, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Sie zögen Menschen in Innenstädte und nutzten damit auch dem Einzelhandel in ihrem Umfeld.

Die Städte seien daran interessiert, die Innenstädte für Bewohner und Besucher attraktiv zu halten und gleichzeitig möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. „Deshalb müssen möglichst viele Kaufhausstandorte bestehen bleiben – es darf hier nicht zu einem Kahlschlag kommen“, betonte Dedy.

Wenn Häuser tatsächlich nicht weitergeführt werden könnten, seien rasche Gespräche des Unternehmens mit den Städten über eine künftige Nutzung nötig. Es gehe darum, Strategien zu entwickeln, um negative Auswirkungen abzumildern.

Mit freundlicher Genehmigung der dpa, Deutsche Presse-Agentur, Hamburg, www.dpa.de.

Newsletter des Deutschen Städtetages informiert wöchentlich

Bleiben Sie auf dem Laufenden: Der Deutsche Städtetag informiert über aktuelle Informationen und Positionen wöchentlich in seinem Newsletter. Darin werden Sie auch regelmäßig auf neue Ausgaben von „Städtetag aktuell“ hingewiesen. Sie können den Newsletter per E-Mail an presse-info@staedtetag.de bestellen. Ihre Daten werden nur für diesen Zweck erhoben. Die Angabe einer E-Mail-Adresse ist ausreichend.

Sie erhalten nach Bestellung unseres Newsletters eine Nachricht mit der Bitte zur Bestätigung Ihres E-Mail-Abonnements. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, Ihre Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen und den Newsletter des Deutschen Städtetages abzubestellen. Auch hier genügt eine E-Mail an presse-info@staedtetag.de oder nutzen Sie den Abmeldelink im Newsletter.

Der Schutz Ihrer Daten ist uns sehr wichtig! Bitte beachten Sie daher auch unsere Datenschutzerklärung unter http://www.staedtetag.de/impressum/index.html#anker_80_9.

Projekt: Souveräne Städte – Grundlagen für Investitionen in die Dateninfrastrukturen

Von Frauke Janßen

Der Umgang mit Daten verändert unser Leben. Die umfassenden Auswirkungen der Digitalisierung sind nicht ohne die Wirkmacht der Daten zu verstehen. Wenn das Navigationssystem nach aktuellen Gegebenheiten den schnellsten Weg findet oder eine Plattform das passende Produkt vorschlägt, wird das Leben bequemer.

Wenn Rettungsleitstelle, Krankenwagen und Krankenhaus automatisiert Echtzeitdaten austauschen, kann dies Leben retten. Wenn einem Individuum aufgrund von Daten prognostiziert wird, straffällig zu werden, dann findet Diskriminierung statt. Daten sind die Grundlage für all diese Szenarien.

Daten sind das Fundament der vernetzten Stadt. Neben den klassischen Daten im Verwaltungsbereich, beispielsweise Meldedaten, finden sich eine große (und wachsende) Anzahl weiterer Daten. Sensordaten können beispielsweise Auskunft über die Schadstoffbelastung in der Luft oder den Verkehrsfluss geben. Für die Vielfalt vorhandener Daten im städtischen Bereich wurde der Begriff „urbaner Datenraum“ geprägt.

Dieser Datenraum umfasst dabei strenggenommen nicht nur Daten, die durch Städte und städtische Unternehmen erhoben worden sind. Hierzu können genauso Daten anderer Akteure wie Wissenschaft oder Zivilgesellschaft zählen.

Gerade Daten der digitalen Daseinsvorsorge haben ein enormes Potenzial, einen Mehrwert für die Menschen zu schaffen. Systematisch genutzt, können Sie Lösungen für viele Bereiche der Stadt liefern. Das im Januar 2020 beschlossene Papier Kommunale Daten des Deutschen Städtetages hat dies deutlich gemacht und gleichzeitig zahlreiche offene Fragen identifiziert.

Die Organisation des urbanen Datenraums steht bei vielen Städten oben auf der Agenda. Das komplexe Vorhaben ist jedoch mit Fragen verschiedenster Art verbunden. Der Deutsche Städtetag und PD – Berater der öffentlichen Hand starten deshalb ein gemeinsames Projekt. Unter dem Titel „Souveräne Städte –

Grundlagen für die Investitionen in Dateninfrastrukturen“ werden Fragen der Datensouveränität in der Smart City behandelt und Lösungswege für verschiedene Fragestellungen gesucht. Das Projekt wird durch das Bundesfinanzministerium gefördert und läuft bis Dezember 2020.

In der im Februar 2020 erschienenen PD-Studie Datensouveränität in der Smart City, die durch den Deutschen Städtetag unterstützt wurde, finden sich bereits Hinweise auf den Status Quo in deutschen Kommunen. Die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie bringen sicher noch einmal neue Erkenntnisse. Das Thema Kommunale Daten jetzt noch einmal zu vertiefen, ist also durchaus passend. Das Projekt behandelt vier Bereiche schwerpunktmäßig:

- Smart-City Vertragsgestaltung
- Kommunales Selbstverständnis
- Dateninfrastrukturen
- Wissen und Sensibilisierung

Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, nachhaltige und langfristige Investitionen in Dateninfrastrukturen zu tätigen. Ziel des Projektes ist es, Erkenntnisse über die strategischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für diese Investitionen zu erlangen. Dafür werden rechtliche Rahmenbedingungen und Szenarien der Datennutzung beleuchtet. Außerdem wird das Thema Wissenstransfer und das Zusammenspiel verschiedener Akteure in dem Projekt bearbeitet. Insbesondere das Zusammenspiel im „Konzern Stadt“ wirft in vielen Städten rechtliche und organisatorische Fragen auf.

Um die Zwischenergebnisse des Projektes mit der kommunalen Perspektive abzugleichen, wird das Projekt begleitet von Expertinnen und Experten aus verschiedenen Städten. Teil des Projekts ist außerdem eine Veranstaltung sowie eine Online-Umfrage.

Frauke Janßen
Beauftragte für Digitalisierung Deutscher Städtetag

Nach dem Lockdown lockt das Stadtgrün



Deutschland hat seine Bewegungsfreiheit zurück. Und wo könnten die Menschen besser durchatmen und wieder Gutes für Körper und Geist tun, als im Grünen direkt vor ihrer Tür. Geben Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern zukünftig mehr von diesem Raum: mit dem Ausbau städtischer Park-, Sport- und Erholungsflächen.

Jetzt über die aktuelle Städtebauförderung für mehr Grün in Ihrer Stadt informieren:

www.gruen-in-die-stadt.de

GRÜN
IN DIE STADT



Ihre Experten für
Garten & Landschaft

Köln: Intelligentes Verkehrsleitsystem reduziert Parksuchverkehr im Stadtteil Nippes

Von Adrian Bolz

Effizient, zeitsparend und gut für die Umwelt: Der Kölner Energieversorger RheinEnergie und Cleverciti Systems, Smart Parking-Anbieter mit Sitz in München, haben im Kölner Stadtteil Nippes nach eigenen Aussagen eines der weltweit innovativsten und modernsten Parkleitsysteme für Bewohner und Besucher bereitgestellt. Seit dem 2. Juni 2020 können Autofahrer dort die exakte Anzahl und Richtung der noch freien Parkplätze auf lokalen LED-Displays an den Straßenkreuzungen ablesen. Die „blinde“ Parkplatzsuche, die erheblich zum Verkehrsaufkommen beigetragen hat, gehört damit der Vergangenheit an.

Gemeinsames Ziel der Kooperation ist es, dem Autofahrer exakte Informationen an allen Entscheidungspunkten zukommen zu lassen, um unnötiges Suchen zu vermeiden. Durch die Reduktion des Parksuchverkehrs in Köln-Nippes werden die Emissionen verringert und die Lebensqualität für die Anwohner erhöht. Gleichzeitig sollen durch den neuen Service auch der Einzelhandel gefördert und die Zahlungsbereitschaft der Parkenden erhöht werden.

„Großer Nutzen für die Anwohner“

„Klimaschutz ist ein fester Bestandteil unserer unternehmerischen DNA“, sagt Dr. Andreas Cerbe, Netzvorstand der RheinEnergie. „Das intelligente Parkleitsystem, das wir in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Cleverciti Systems entwickelt haben, ist ein weiterer Baustein in unserem wachsenden Portfolio nachhaltiger Lösungen. ‚Parkpilot‘ verringert unnötigen Verkehr, reduziert den Schadstoffausstoß und steigert so die Energieeffizienz und Lebensqualität in der Stadt. Von einer entspannteren Verkehrssituation profitieren nicht zuletzt auch die Anwohner.“ Da die RheinEnergie tausende Leuchtmasten in Köln besitzt, ließe sich das System problemlos auch auf weitere Stadtteile ausweiten, sofern die Einführungsphase erfolgreich abgeschlossen wird, so Dr. Cerbe weiter.

Der Kölner Stadtteil Nippes gilt als einer der verkehrsreichsten und dichtest besiedelten Bezirke in der Domstadt am Rhein. Insgesamt wurden in dem 0,5 Quadratkilometer großen Projektgebiet 89 Sensoren sowie 27 LED-Displays an bestehenden Lampenmasten



Überzeugten sich bereits Anfang Februar bei der Installation der Technik (v.l.n.r.): Bernd Schöbler (SPD), Bezirksbürgermeister Nippes; Dr. Andreas Cerbe, Netzvorstand RheinEnergie; Thomas M. Hohenacker, Gründer und Geschäftsführer Cleverciti.

Foto: RheinEnergie

installiert. Die runden Displays fügen sich dabei perfekt in das Straßenbild ein. Der kostenlose Service erfasst zurzeit rund 800 Stellplätze. Die mit künstlicher Intelligenz (KI) ausgestatteten Sensoren liefern präzise Daten zur Parkplatzverfügbarkeit. Diese werden den Verkehrsteilnehmern dann in Echtzeit lokal auf den LED-Displays angezeigt, sodass die Suche in bereits



Macht Autofahrern die Richtungsentscheidung leicht: das neue Parkleitsystem von RheinEnergie und Cleverciti in Köln-Nippes.

Foto: RheinEnergie

voll besetzen Straßen vermieden werden kann und sie dafür zu den nächstgelegenen freien Parkplätzen geleitet werden. Das System berücksichtigt alle Datenschutzvorschriften im öffentlichen Raum. So erkennen die Sensoren lediglich freie Flächen. Aufnahmen von Personen oder Fahrzeugen werden nicht angefertigt, die Datenübermittlung erfolgt verschlüsselt.

Parksuchverkehr macht ein Drittel des Stadtverkehrs aus

Thomas Hohenacker, CEO und Gründer von Cleverciti Systems: „Wir sind stolz darauf, dass wir mit unseren modernen Systemen und Services eines der weltweit innovativsten und umfassendsten Parkleitsysteme im Innenstadtbereich umsetzen konnten. Ab jetzt verfügen alle Autofahrer in Köln-Nippes über exakte Information über die Verfügbarkeit von Parkplätzen und können gezielt und ohne Zeitverlust den besten Parkplatz ansteuern. Wir wollen entscheidend dazu beitragen, Parken durch diesen Service stressfrei zu machen, das Einkaufserlebnis in der Stadt zu verbessern und die Emissionen deutlich zu reduzieren.“

Laut einer Studie der Boston Consulting Group sind rund acht Prozent der europäischen CO₂-Emissionen auf den Stadtverkehr zurückzuführen. Knapp ein Drittel dieses Verkehrs entsteht aufgrund von Parkplatzsuchen. Deren Ausmaß kann allein durch die Bereitstellung von exakten Parkplatz- und Verkehrsleitdaten in Echtzeit maßgeblich verringert werden: Einer Erhebung der „Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität“ zufolge könnte allein in Deutschland mit Hilfe intelligenter Parklösungen der Schadstoffausstoß um 900.000 Tonnen pro Jahr reduziert werden.

Smartphone-App erscheint Ende Juli

Parallel zum Start des intelligenten Parkleitsystems begleitet die RheinEnergie das Projekt mit einer umfassenden Marketing-Kampagne. Diese dient im Wesentlichen dazu, das System den Anwohnern vorzustellen. „Darüber hinaus wird den Autofahrern ab

Ende Juli eine mobile App zur Verfügung stehen, die im Auftrag der RheinEnergie von Cleverciti bereitgestellt wird. Diese zeigt den aktuellen Belegt-Status der Parkplätze in Köln-Nippes, navigiert zum nächstgelegenen freien Parkplatz und bietet mobile Bezahlmöglichkeiten“, so Dr. Günther Picker, SVP für Strategische Partnerschaften und Unternehmensentwicklung bei Cleverciti Systems.



Das Projektgebiet ist zurzeit 0,5 km² groß. Die verbauten Sensoren erfassen dort rund um die Uhr 800 Parkplätze. Das System ließe sich laut RheinEnergie auf weitere Kölner Stadtteile ausweiten.

Grafik: RheinEnergie, Simon Ritzmann

Das Kölner Projekt wird vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur im Rahmen des Programms „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ unterstützt. Weitere Informationen sind im Internet zu finden unter www.parkpilot.koeln.de.

Adrian Bolz
RheinEnergie Köln

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Neue App erleichtert in Mannheim Kontaktpersonennachverfolgung bei Corona

Von Beate Klehr-Merkel

Mitte April kündigte das Gesundheitsministerium eine App an, mit der Menschen, die sich wegen einer SARS-CoV-2-Infektion in Quarantäne befinden, digital mit dem Gesundheitsamt kommunizieren können – die Ämter sollen damit unter anderem von Telefonaten und Hausbesuchen entlastet werden. Daraufhin wurde die Anwendung auch als „Quarantäne-App“ bezeichnet. Eine solche Quarantäne-App gibt es nun in Mannheim. Ihr Name: Quarano.

Das Gesundheitsamt Mannheim hat gemeinsam mit einem Team aus dem Hackathon, dem Verein Quarano e. V., an einer Software-Lösung für die Kontaktpersonennachverfolgung bei Corona gearbeitet. Gestartet als Initiative im #WirVsVirus Hackathon und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit 50.000 Euro gefördert, hat der Verein Quarano e. V. eine Applikation (App) entwickelt, um die Gesundheitsbehörden bei dem Prozess der Nachverfolgung von positiv getesteten Corona-Fällen und deren Kontaktpersonen zu unterstützen.

Beim #WirVsVirus Hackathon unter der Schirmherrschaft der Bundesregierung sowie mit Förderung durch das BMBF hat der Bund innovative Ideen gesucht, die der Gesellschaft dabei helfen, solidarisch zu sein und gestärkt aus der aktuellen Situation durch Covid-19 hervorzugehen. Acht Wochen nach dem Beginn des Hackathons und 42 Tage nach dem Start des #WirVsVirus-Umsetzungsprogramms sind über 1.500 Ideen von mehr als 28.000 Freiwilligen entstanden.

Vom 20. bis 22. März haben die über 28.000 Bürger*innen gemeinsam in einem digitalen Raum an Herausforderungen durch Covid-19 gearbeitet. Eingeladen waren alle, die Zeit, Lust und einen Internetzugang hatten. Eine der beteiligten Gruppen, aus der im Verlauf der Arbeit der Verein Quarano e. V. entstand, präsentierte unmittelbar nach dem Hackathon-Wochenende im März ihre Idee dem Gesundheitsamt Mannheim. Im engen Miteinander von Gesundheitsamt mit dessen Praxiserfahrung und dem Entwicklerteam mit dessen IT-Kompetenz wurde gemeinsam die App entwickelt.

Das Gesundheitsamt Mannheim wird nun als bundesweit erstes Gesundheitsamt mit dieser App – die nicht mit der aktuell diskutierten Tracing-App zur Kontaktpersonenermittlung zu verwechseln ist – in den Praxisbetrieb gehen. Weitere Gesundheitsämter haben bereits ebenfalls Interesse an der App signalisiert und wollen folgen.

„Der Einsatz der Software-Lösung in Mannheim – die in enger Zusammenarbeit mit unserem Gesundheitsamt entwickelt wurde – als erste Kommune bundesweit belegt erneut die Vorreiterrolle, die unsere Stadt bei der Digitalisierung einnimmt“, betont der Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Peter Kurz. „Dies zeigt, dass das Thema Digitalisierung in Mannheim nicht nur im Bereich der Schulen und Bildungseinrichtungen, sondern auch in einem klassischen Verwaltungsbereich wie dem Gesundheitsamt eine hohe Priorität genießt“, unterstreicht auch Bildungs- und Gesundheitsbürgermeister Dirk Grunert.

Mit der Applikation wird der Austausch zwischen Kontaktpersonen oder positiv auf das neuartige Conrona-Virus getesteten Personen und dem Gesundheitsamt noch unkomplizierter und schneller möglich. Die Betroffenen können direkt in der App auf ihrem PC oder Handy ihre Daten, Symptome oder weitere Kontaktpersonen eingeben, was bislang telefonisch oder per E-Mail (täglich) vom Gesundheitsamt abgefragt wurde.

„Mit Quarano haben wir eine zielgerichtete, maßgeschneiderte Lösung sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen der Entwicklung und uns als Anwendern erreicht“, sagt Dr. Peter Schäfer, Leiter des Gesundheitsamts Mannheim. Und ergänzt: „Da die Plattform eine direkte Abbildung unserer Arbeit und Prozesse ist, wird es auch nicht lange dauern, bis die Software bei uns spürbar für Entlastung sorgt. Bei der für uns mittlerweile alltäglichen Aufgabe der Kontaktnachverfolgung während dieser Pandemie freuen wir uns besonders über die Unterstützung und das Engagement der Zivilgesellschaft. Dafür ist der Quarano e. V. ein gutes Beispiel.“

„Uns war es wichtig, mit einem konkreten Praxis-Anwender zu starten und gemeinsam die Anwendung final zu entwickeln sodass wir dann leichter skalieren können. Die Ansprechpartner in Mannheim haben wir hier als sehr zukunftsgerichtet denkend und pragmatisch kennengelernt, um diesen Prozess zu digitalisieren“, erläutert Thorsten Heilig von Quarano e. V.

Mit der App würde Bürger*innen in Quarantäne eine „intuitiv gestaltete und somit für alle gut nutzbare Oberfläche zur eigenständigen Erfassung von Symptomen und Kontakten bereitgestellt“, sagte er. Quarano ist eine webbasierte App, also nicht als Anwendung in App-Stores downloadbar. Mit ihr können unter anderem Kontaktpersonen von Infizierten und Symptomverläufe ans Gesundheitsamt übermittelt werden. Nutzer bekommen vor dem ersten Einloggen einen Code vom zuständigen Gesundheitsamt und können sich mit diesem dann einloggen.

Die App soll in der kommenden Woche starten, derzeit werden gerade die ersten Mitarbeitenden geschult. Die 320.000-Einwohner-Stadt Mannheim hatte zum Stand Anfang Juni nur etwa zehn bestätigte aktive Coronafälle, für den Fall eines Anstiegs wurden aber bereits 50 externe Kräfte zur Kontaktnachverfolgung eingearbeitet, weitere 50 Mitarbeiter aus anderen Verwaltungsbereichen sollen folgen. Mit der App wird die Bearbeitung der Coronafälle „einfacher in der praktischen Handhabung und zeitsparender“, so Gesundheitsamtleiter Schäfer.

Die Zahl der Personen, bei denen die App installiert wird, hängt vom aktuellen Infektionsgeschehen ab. Die App kann bei allen positiv auf das neuartige Coronavirus getesteten Personen sowie deren Kontaktpersonen installiert werden. Dies erfolgt auf freiwilliger Basis und ist beispielsweise auch von Faktoren wie Alter, Technik-Affinität oder der kommunizierten Sprache abhängig.

Digitale Dokumentation von COVID-19 Infektionsfällen und Kontaktpersonen

Durch die Digitalisierung von Selbstauskünften bestätigter COVID-19 Fälle werden die momentan manuell erhobenen Daten automatisch und in Echtzeit dem Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt. So bleibt – auch bei steigenden Fallzahlen – mehr Zeit für die kritischen und betreuungsrelevanten Fälle. Eine einfache und schnelle Einführung (web-basiertes Roll-Out und cloud hosting) ermöglicht schnelle Entlastung.

Infektionsketten-Cluster leichter nachvollziehen

Durch die Angaben über direkte Kontaktpersonen des Infektionsfalls gemäß RKI-Kategorien können diese direkt informiert und gesammelt erfasst werden. Über eine Oberfläche können die Gesundheitsbehörden direkt einsehen, welche Kontakte angegeben wurden und gegebenenfalls kontaktiert werden müssen. Diese Nachverfolgung und Dokumentation der Cluster-Infektionsketten durch die Gesundheitsbehörden ist bereits jetzt ein zentraler Punkt des nationalen Epidemienmanagements – und wird mit weiterer Lockerung der Maßnahmen einen noch höheren Stellenwert bekommen. Durch die tägliche Selbsterfassung und Dokumentation des Verlaufs haben zudem das Gesundheitsamt und die Patienten bzw. Verdachtsfälle einen zuverlässigen Überblick über die Historie und den Verlauf während der Quarantäne bzw. der häuslichen Isolation.

Datensicherheit

Die Daten werden nach aktuellsten Sicherheitsaspekten übermittelt und liegen auf zertifizierten Servern in Deutschland. Durch die Reduktion auf meldepflichtige Daten werden auch keine weiteren Daten erfasst. Zudem werden diese nach der erfolgten Dokumentation durch die Gesundheitsbehörden gelöscht.

Die Anwendung ist zielgerichtet auf die COVID-19-Pandemie entwickelt worden. Mit quarano werden die Gesundheitsbehörden in die Lage versetzt, den mit COVID-19 verbundenen Prozess der Nachverfolgung von bestätigten Fällen und deren Kontaktpersonen zu managen. Die App soll eine Ressourcen-Entlastung von circa 80 Prozent ermöglichen. Insgesamt wurde die Applikation grundsätzlich so angelegt, dass die Gesundheitsbehörden auch weitere COVID-Ausbrüche sowie weitere Pandemien damit erfassen können. Zudem kann quarano perspektivisch auch für andere meldepflichtige Infektionen sowie für andere „remote-Betreuungen“ für beispielsweise chronische Krankheiten etc. weiterentwickelt werden, da die grundsätzliche Plattform für solche Fälle generell ausgelegt ist.

Beate Klehr-Merkel
Pressereferentin Dezernat III, Bildung, Jugend,
Gesundheit der Stadt Mannheim

Aktion „Zuhause nicht sicher?“: Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt

In der Corona-Krise steigt mit den Einschränkungen das Risiko für häusliche Gewalt. Gleichzeitig wird es für Betroffene schwieriger, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Familie, Freunde und Nachbarschaft sind häufig auch unsicher, an wen sie sich wenden können. Die bundesweite Informations- und Posteraktion „Zuhause nicht sicher?“ will die Nachbarinnen und Nachbarn in ihren Hausfluren und Einkaufende in den Supermärkten deshalb auf die Hilfsangebote aufmerksam machen.

Die Aktion ist Teil der Initiative „Stärker als Gewalt“ des Bundesfamilienministeriums. Diese will erreichen, dass betroffene Frauen und Männer sich nicht mit Gewalt abfinden. Außerdem sollen Menschen im Umfeld betroffener Personen zum Hinsehen und Helfen ermutigt werden. Informationen, Flyer und Poster unter <https://staerker-als-gewalt.de>.

Ergebnisse zur Umfrage „Open-Source in Kommunen“ sind abrufbar

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland ist auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zunehmend abhängig von einzelnen Software-Anbietern. Dies kann den Handlungsspielraum bei Beschaffung, Entwicklung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie einschränken und damit Sicherheit, Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit der öffentlichen Verwaltung gefährden. Open Source-Produkte können diese Abhängigkeit mindern und sind bereits heute in Kommunen erfolgreich im Einsatz.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und die AG „Cloud Computing und digitale Souveränität“ des IT-Planungsrats haben eine Befragung zum Einsatz von Open Source initiiert. Die KGST hat diese Umfrage auf der kommunalen Ebene im Februar 2020 mit Unterstützung des Deutschen Städtetags und der Vitako durchgeführt.

Die Ergebnisse liefern Einblicke, welche Abhängigkeiten von Software- und Cloud-Anbietern gesehen werden, zeigen Open Source-Erfolgsmodelle und geben erste Impulse für ein weiteres Handeln: <https://www.kgst.de/open-source-in-kommunen>.

Städtenetzwerk „Engagierte Stadt“ fördert Nachbarschaftshilfe

Bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe ist gerade in der Corona-Krise wichtig. Das bundesweite Programm „Engagierte Stadt“ will dieses Engagement über den Aufbau von Netzwerken in den Städten und über Förderstrukturen weiter voranbringen. Das Programm geht im Juli 2020 in eine dritte Phase. Es wird dann getragen vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bertelsmann Stiftung, der Breuninger Stiftung, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Joachim Herz Stiftung, der Körber-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung.

Die Partner stellen neben finanziellen Mitteln auch Erfahrungen und Kompetenzen zur Verfügung. Bis 2023 soll das bundesweite Netzwerk sukzessiv auf bis zu 100 Städte, Gemeinden und Stadtteile erweitert werden.

Mitmachen können Städte, Gemeinden und Quartiere mit 10.000 bis 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Weitere Informationen zur Bewerbung finden Sie unter www.engagiertestadt.de.

Resiliente Kommunalverwaltungen – wie agieren wir krisenfest und flexibel?

In Corona-Zeiten laufen Kommunalverwaltungen auf Hochtouren. Auflagen müssen schnell umgesetzt und dynamisch angepasst werden. Bürgerinnen und Bürger brauchen Informationen und auch die alltäglichen Verwaltungsdienstleistungen müssen weitergehen. Gleichzeitig arbeiten auch viele Verwaltungsangestellte aus dem Homeoffice. Was können wir aus der Krise und in der Krise lernen? Ist Open Government der Schlüssel zu einer resilienten Verwaltung? Der Deutsche Städtetag und Code for Germany, ein Projekt der Open Knowledge Foundation, wollen dies in einem gemeinsamen Webinar beleuchten.

Das Webinar „Resiliente Kommunalverwaltungen – wie agieren wir krisenfest und flexibel?“ findet statt am 30. Juni 2020 von 17.00 bis 18.30 Uhr. Anmelden können Sie sich für die Zoom-Konferenz unter krisenresilienz@staedtetag.de.

ACTIVE CITY

auch im Winter

Neueste Active City
Stadt Wien
(MA 42) –
Winternutzung
Ballspielplatz Alois
Drasche Park

Nahezu alle bestehenden kommunalen Sportflächen zum Beispiel Fun Courts und sonstige Ballsportplätze eignen sich als Standorte für eine LIKE-ICE! Fläche. Wie bei einem Upgrade. Einfach die LIKE-ICE! plus 7 Platten auflegen, Bande (wenn nötig) aufbauen und los geht's. Und über den Sommer lagern Sie die LIKE-ICE! plus 7 Platten auf einer Palette.

- ✓ CO₂ neutral im Betrieb
- ✓ Nachhaltig in der Installation
 - ▶ Keine zusätzliche Baumaßnahmen
 - ▶ Nutzung bestehender Flächen
- ✓ Echte Garantie und lange Nutzungsdauer
- ✓ Einfache Handhabung
 - ▶ Einfacher Auf- und Abbau durch das spezielle Verbindungssystem
 - ▶ Minimaler Instandhaltungsaufwand (nur sauber halten – kein Auftragen von Ölen, Schutzemulsionen, Pflegeemulsionen und sonstigem).
 - ▶ Einfache Lagerung



Hersteller
LIKE-ICE Science GmbH · Ludwig-Erhard-Str. 5 · 84069 Schierling
Tel. +49 (0) 9451 - 94 98 37-0 · E-Mail: info@like-ice.com
www.like-ice.com



Vertrieb
AST Eis- und Solartechnik GmbH · Gewerbegebiet 2 · A-6604 Höfen
Tel.: +43 (0)5672 - 6 07 - 180 · E-Mail: info@ast.at · www.ast.at

Hannover setzt Saugbagger zum Baumschutz ein

Die Landeshauptstadt Hannover lässt das Wurzelwerk von Straßenbäumen in bestimmten Lagen mit Saugbaggern freilegen und anschließend von Sachverständigen begutachten.

Das von der Stadt und einem Partnerunternehmen entwickelte Verfahren soll zeigen, ob sich Baumwurzeln in schädigender Weise rund um Strom-, Gas- oder Wasserleitungen gelegt haben. Insbesondere bei Gasleitungen kann das gefährlich werden.

Abhängig von der speziellen Situation vor Ort werden Wurzelschutzfolien eingebaut oder auch Wurzeln punktuell gekappt. Bislang wurden die Saugbaggereinsätze an rund 900 Straßenbäumen durchgeführt. Die Saugbaggereinsätze und die anschließenden Sofortmaßnahmen verhindern sehr häufig auch, dass die Straßenbäume Schaden nehmen und gefällt werden müssen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.hannover.de.

Stuttgart: deutschlandweit einmalige Vorgaben bei städtischen Neubauten

In Stuttgart sollen sämtliche Neubauten der Stadtverwaltung und ihrer Eigenbetriebe zukünftig als klimaneutrale Gebäude und mit dem Ziel, den Plusenergiestandard zu erreichen, gebaut werden. Plusenergiehäuser erzeugen mehr Energie als sie verbrauchen. Auch bei der Sanierung städtischer Gebäude wird der Klimaschutz zukünftig eine noch größere Rolle spielen: Die Gebäude sollen nach der Sanierung klimaneutral sein, also keine klimaschädlichen fossilen Energien nutzen.

Mit diesen bundesweit einmaligen Vorgaben will Stuttgart seine Vorreiterrolle im kommunalen Klimaschutz unterstreichen. Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 28. Mai ist die Stadt nach eigenem Bekunden die erste

Kommune in Deutschland, die für ihre städtischen Liegenschaften den Plusenergie-Standard für Neubauten als Ziel festsetzt und sich sowohl beim Neubau als auch bei der Sanierung auf Klimaneutralität festlegt. Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter www.stuttgart.de.

Düsseldorf: Phonebot kann jetzt auch Englisch

An wen muss ich mich wenden, wenn ich ehrenamtlich helfen will? Wo bekomme ich Unterstützung für mein Unternehmen? Seit Anfang April in Düsseldorf ein Phonebot, ein Computerprogramm, das automatisierte Antworten gibt und den Anrufern die richtigen Ansprechpartner für ihre Anliegen nennt, auf Deutsch im Einsatz.

Einen großen Teil der Fragen, die Anrufer an die Corona-Hotline, an das Infotelefon für Tests oder an die Hotline-Nummer für allgemeine Fragen stellen, kann der Phonebot beantworten. Jetzt ist er noch schlauer geworden, denn er kann nun auch auf englischsprachige Anrufe reagieren.

Der Einsatz des Phonebots führt nach Aussage der Stadt zu einer Entlastung bei der Hotline und zu einer deutlich besseren Erhöhung der Erreichbarkeit der durchgestellten Anrufe.

Twitter-Aktion „#HammerStraßen“ macht Straßen der Stadt Hamm bekannter

Die Stadt Hamm hat eine Aktion bei Twitter gestartet, um die Straßennamen der Stadt, ihre Lage und ihre Bedeutung in der Bevölkerung bekannter zu machen. Unter dem Hashtag #HammerStraßen werden sie mit Foto und kurzem Infotext nach und nach vorgestellt.

Die Stadt Hamm hat etwa 1800 Straßen. Ein Beispiel der Aktion und weitere Infos sind zu finden unter https://twitter.com/hamm_stadt/staus/1267863549952397314.

Geburtstage



Der Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, **Dr. Andreas Bovenschulte**, wird am 11. August 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat ist seit 2019 Mitglied im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Ebenfalls 2019 wurde er zum Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen gewählt.



Hans Wilhelm Reiners, Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, feiert am 7. Juli seinen 65. Geburtstag. Der Christdemokrat engagiert sich seit 2015 im Präsidium und seit 2014 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. An der Spitze der Stadt Mönchengladbach steht er seit 2014.



Der Oberbürgermeister der Stadt Hagen, **Erik O. Schulz** (parteilos), wird am 11. August 55 Jahre alt. Er steht seit 2014 an der Spitze der Stadt Hagen.

Fotos: Bremer Senatspressestelle, Tristian Vankaan; Carlos Albuquerque; Stadt Hagen, Michael Kaub.

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Juni 2020

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de